

20 Im Zuge dessen ist es außerdem sinnvoll, das Ausländeramt dem Sozialreferat
21 zuzuführen.

22 Sozialpolitik muss sich am konkreten Lebensraum ausrichten: Stadtteil,
23 persönliche Kontakte, Nachbarschaft, Familie. So muss auch die Stadtverwaltung
24 strukturiert sein: sozialräumlich, nicht nach Ämterzuständigkeit (Jugendamt,
25 Ausländeramt, Wohnungsamt). Eine solche Sozialarbeit kooperiert mit sozialen
26 Trägern im Bereich der Suchtberatung, Schuldnerberatung, Jugendhilfe,
27 Migrationsdienste, aber auch mit Sportvereinen im Stadtteil, Schulen, Pfarreien
28 und der Jugendszene im jeweiligen Viertel.

29 **Jobcenter**

30 Nach wie vor fordern wir eine Ombudsstelle für Jobcenter-Kund:innen bei
31 Problemen. Eine Ombudsperson wird oftmals bei Behörden oder Organisationen
32 vorgesehen mit dem Ziel, ungerechte Behandlungen von Personengruppen zu
33 verhindern. Sie ist insofern Beschwerdestelle und versteht sich als Sprachrohr
34 von Personen mit dem Ziel, Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit der
35 Organisation/Behörde möglichst unbürokratisch und ohne gerichtliche Beteiligung
36 zu schlichten. Sie unterstützt die Bürger:innen bei der Wahrnehmung ihrer
37 Rechte. Die Ombudsperson ist unabhängig und weisungsfrei, hat keine
38 Anordnungsbefugnis der Behörde/Organisation gegenüber und ist daher regelmäßig
39 auf Beratung und Vermittlung beschränkt. Zeitnah fordern wir eine
40 Zufriedenheitsbefragung der Kund:innen im Jobcenter.

41 Wir verbuchen es als unseren Erfolg, dass inzwischen eine regelmäßige Anpassung
42 der Mietobergrenzen der KdU (= Kosten der Unterkunft) stattfindet, also das, was
43 z.B. Bürgergeldempfänger:innen an Mietkosten gezahlt bekommen.

44 Mit einem Antrag haben wir dafür gesorgt, dass die Gewährung einmaliger
45 Beihilfen an Leistungsbezieher:innen überprüft wird. Dazu gehört z. B. die
46 Übernahme von Kosten für neue Wohnungsausstattung oder bei Schwangerschaft. Wir
47 wollen erreichen, dass potenzielle Leistungsberechtigte proaktiv über ihre
48 Rechte informiert werden.

49 Wir unterstützen weiterhin die Kooperation von Jobcenter und Stadtwerken. Wir
50 wollen diesen Austausch erhalten. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den
51 Wohlfahrtsverbänden über ehrenamtliche Berater:innen niedrigschwellige
52 Energieberatungen anzubieten.

53 **Menschen ohne Obdach**

54 Wir sehen es als Erfolg an, dass es nun eine sozialpädagogische Betreuung des
55 Wohnheims für Obdachlose in der TH2 gibt und dass die Mindestausstattung mit
56 Bett, Tisch, Sitzgelegenheit und Schrank in den Zimmern der TH2 beschlossen ist.
57 Entgegen der jetzigen Praxis, dass zwangsweise Menschen zusammen in ein Zimmer
58 gelegt werden, während andere unbenutzt sind, fordern wir eine Einzelbelegung.

59 Obdachlose Frauen sind anderen Problemen und anderen Formen von Gewalt
60 ausgesetzt als obdachlose Männer. Dies muss in dem Obdachlosenkonzept
61 ausreichend und sensibel berücksichtigt werden. Wir freuen uns, dass nun
62 Wohnungen explizit für Frauen und Frauen mit Kindern durch die Stadt angemietet
63 werden.

64 In Zusammenarbeit mit „Menschen in Not“ muss es regelmäßige Wohnungsangebote
65 geben, um Menschen aus der Obdachlosigkeit zu holen. Hierzu braucht es einen
66 Runden Tisch, der von der Stadt initiiert wird. Wir wollen das Projekt
67 „Übergangswohnen Plus“ finanziell dauerhaft absichern.

68 Dringend notwendig ist eine breit angelegte Betreuung der Menschen, die von
69 Wohnungslosigkeit bedroht sind. Auch hier soll die Koordinierungsstelle *Hilfe
70 aus einer Hand* Ansprechpartnerin sein.

71 **Jugend und Studierende**

72 Um jungen Menschen in der Stadt Bamberg eine Möglichkeit zur Beteiligung an
73 politischen Entscheidungen zu geben, fordern wir: Ein ganzheitliches Konzept zur
74 Jugendpartizipation.

75 Teil dessen soll ein Jugendparlament sein: Dieses soll regelmäßig zusammenkommen
76 und möglichst divers besetzt sein, um die Interessen junger Menschen in Bamberg
77 zu diskutieren, zu beschließen und an die Politik sowie Stadtverwaltung
78 herantragen.

79 Sowie eine offene Beteiligungsmöglichkeit: Wir setzen uns für die parallele
80 Weiterführung der Jugendkonferenz als offenes Konzept ein.

81 Wir fordern ein Antragsrecht für Jugendparlament und Jugendkonferenz, um die
82 Anliegen junger Menschen auch im Stadtrat sichtbar zu machen.

83 Um ein Konzept zu entwickeln und Jugendpartizipation wirksam zu begleiten,
84 setzen wir uns für eine koordinierende Stelle innerhalb der Stadtverwaltung ein.

85 Jugend für den Stadtrat: Wir wollen, dass die Stadt ein Mentoring-Programm im
86 Stadtrat startet, um Jugendlichen die Arbeit des Stadtrats näherzubringen und
87 jungen Menschen in der Kommunalpolitik eine stärkere Stimme zu geben.

88 Dringend benötigt werden Räume für Jugendkultur für Veranstaltungen und
89 Bandproben sowie die Vernetzung untereinander (Siehe dazu Kapitel Kultur). Wir
90 fordern offene Räume für junge Menschen.

91 Der öffentliche Raum muss endlich attraktiv gestaltet werden mit
92 Sitzgelegenheiten, Sportgeräten, Tischtennisplatten, die auch außerhalb von
93 Spielplätzen regelmäßig gepflegt werden, um dauerhafte Zugänglichkeit für
94 Jugendliche und junge Menschen gewährleisten zu können.

95 Eine gezielte Verdrängung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum wie durch
96 Gastronomie auf der Unteren Brücke soll nicht mehr vorkommen. Aufenthaltsflächen
97 für junge Menschen sollen in allen Stadtteilen (stadtteilbezogen) mit
98 ausreichenden Sitzgelegenheiten (Tische und Stühle) realisiert werden.

99 Wir setzen uns aktiv für den Erhalt alternativer Kulturräume und Räume für junge
100 Menschen ein und stellen uns dem Club-Sterben entgegen. Wir fordern aktiv die
101 Wiedereröffnung der Oberen Sandstraße 20 als Kulturraum.

102 Junge Menschen benötigen Raum, um kreativ zu werden und um gestalten zu können.
103 Wir setzen uns dafür ein, dass Wände, etwa unter Brücken, oder Stromkästen zum
104 Sprayen und zur aktiven Gestaltung freigegeben werden.

105 **Familien und Kinder**

106 Die Stadt vergibt Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, von dem Kinder aus
107 bedürftigen Familien profitieren sollen. Die Stadt muss dies zugunsten der
108 Kinder offensiv ausnutzen, stärker dafür werben und Familien informieren, so
109 dass möglichst viele Kinder Teilhabe an Bildung, Sport und schulischer
110 Unterstützung haben. Vor allem ist eine regelmäßig stattfindende Beratung zu
111 verfügbaren Unterstützungsangeboten notwendig. Dies kann von den Stadtteilbüros
112 oder in den Schulen direkt geschehen.

113 Nur wenn die Betreuung für Kinder vom Kleinkind bis zum Schulbeginn umfassend
114 und in guter Qualität gesichert ist, können beide Eltern nach der Elternzeit
115 ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen.

116 Ebenso ist die Schulkindbetreuung weiter auszubauen (Siehe dazu Kapitel

117 Bildung).

118 Kinder und Jugendliche brauchen vielfältige Angebote im öffentlichen Raum, die
119 ihren Bewegungs- und Übungsbedürfnissen Rechnung tragen, dazu zählen wohnortnahe
120 Spielplätze, Bolzplätze, auch solche mit Fußballtoren, Basketballkörben oder
121 Skateanlagen. Als „Nutzer:innen“ müssen Kinder und Jugendliche eigene Ideen und
122 Vorschläge in die Planungsprozesse einbringen können.

123 Bamberg braucht unbedingt ein äußerst kostengünstiges oder gar kostenloses
124 Ferienangebot, zumindest für die Inhaber:innen der SozCard.

125 Als besonders nachhaltige Unterstützung sehen wir die Beratungen und die Arbeit
126 der „Frühen Hilfen“ sowie der Familienhebammen an. Wir werden darauf achten,
127 dass beides ausgebaut wird.

128 **Inklusion**

129 Die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention soll in Bamberg weiter
130 vorangetrieben werden in der Zusammenarbeit mit dem Beirat Menschen mit
131 Behinderung, der Lebenshilfe, Integra Mensch und anderen Organisationen. Das
132 inklusive Kulturprojekt KUFA soll langfristig auf finanziell stabile Beine
133 gestellt werden.

134 Außerdem sollten die Induktionsanlagen in allen öffentlichen Gebäuden
135 modernisiert und ausgebaut werden, um auch Menschen mit Hörbeeinträchtigung die
136 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

137 **Wohnraum für Menschen mit Behinderung**

138 Wir wollen das Wohnangebot für Menschen mit psychischen Einschränkungen in
139 Bamberg erweitern. Es ist der Bau eines inklusiven Wohnprojekts für erwachsene
140 Menschen mit Behinderung und ohne Behinderung anzustreben, wie es schon in
141 Städten wie Coburg und Bayreuth umgesetzt bzw. entwickelt worden ist. Ebenso
142 besteht akuter Bedarf an Wohnraum für erwachsene Menschen mit Schwerst- und
143 Mehrfachbehinderung, die nicht in einer Werkstatt für behinderte Menschen tätig
144 sein können und eine intensive Lebensbegleitung benötigen.